Cottbuser
Herzblatt
Chośebuska wutšobka
Die linke Zeitung aus der roten Ecke
22. Jahrgang / Nr. 10 (243) Oktober 2012 Bitte 0,75 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 5/6: Nackte Armut verhindern

Seite 7: Tunnel Ja ... Tunnel Nein ... Tunnel Ja ...

Seite 15: „Vom Werden und Vergehen“

Aktive linke Politik braucht jeden einzelnen Genossen

Vorab: DIE LINKE, unsere Partei hier in Cottbus, ist gut aufgestellt und macht eine aktive, wie ich meine richtige Politik. Allen, vor allem unseren Kritikern, empfehle ich, die Ortvorstands-, Kreisvorstands- und Fraktionssitzungen (sie sind alle öffentlich) zu besuchen und sich aktiv zu beteiligen und mit uns gemeinsam über unsere politische Arbeit zu diskutieren. Warum schreibe ich das?

Es waren noch nicht einmal 100 Tage nach der Neuwahl des Ortsvorstandes vergangen, da häuften sich von einigen Genossen die Stimmen über das Nichtstun dieses Vorstandes. Nun fand ich im Synonymwörterbuch auch die passende Erläuterung dazu: Faulenzen, Blaumachen, Leerlauf oder Müßiggang.

Aber dem ist nicht so. Vielleicht habe ich eine etwas andere Vorstellung von gelebter Politik als vielleicht der eine oder andere. Doch das wäre normal und verständlich. Nur kann aktive Politik nicht nur aus Aktionen bestehen, die sich gegen das braune Gesindel richten, sondern aktive LINKE-Politik muss in ihrer Vielfältigkeit gesehen werden. Und das ist auch und gerade, Verantwortung für die Bürger dieser Stadt und eben nicht nur für unsere Mitglieder zu übernehmen. Wer uns da Nichtstun, Faulenzen, Leerlauf.... unterstellt, den betrachte ich schon als böswillig!

Sicher müssen wir in naher Zukunft über Strukturen in unserem Ortsverband reden, denn in den Jahren seit 2002, wo ich als Stadtvorsitzender gewirkt habe und noch wirke, ist die Zahl derer, die Verantwortung übernehmen wollen und können, immer kleiner geworden. So lastet die Verantwortung heute eindeutig auf zu wenigen Schultern. Deshalb finde ich es gut, dass im Ortsvorstand die Aufgabengebiete gut verteilt sind und sich jeder seiner Verantwortung stellt. Dafür an dieser Stelle mein persönlicher Dank an die Ortsvorstands-Mitglieder.

Struktur in Cottbus, das wird eine richtige Herausforderung, und sie ist zeitnah zu lösen! Das ist auch in der nächsten Ortsvorstands-Sitzung ein zentrales Thema.

Zur Gesamtmitgliederversammlung im November wird Euch der Ortsvorstand erste Vorschläge unterbreiten. Aber nichts geht ohne jeden einzelnen Genossen!

Neben diesen innerparteilichen Dingen dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass im kommenden und darauffolgenden Jahr Wahlen anstehen. Bundestags-, Landtags-, Kommunal- und OB-Wahlen, die viel von uns abverlangen werden. Hier werden wir in unserer ganzen Vielfalt sichtbar sein und gemeinsam diese Aufgaben lösen.

Bis dahin lasst uns immer konstruktiv und nicht rückwärtsgewandt streiten!

Jürgen Siewert,
Vorsitzender Ortsvorstand
DIE LINKE.Cottbus

EINLADUNG

Die AG SeniorInnen Cottbus möchte hiermit nochmals ganz herzlich zu ihrer öffentliche Seniorenkonferenz des Ortsverbandes Cottbus einladen:

Donnerstag, 11. Oktober, um 15.00 Uhr
in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Elisabeth-Wolf-Straße 41, in Cottbus-Sandow

Die Zusammenkunft möchten wir als eine Verständigung über das notwendige Zusammengehen von Alt und Jung in der Partei DIE LINKE, bei der Wahrnehmung der Interessen der Menschen in unserer Region verstehen.

Zu unseren berechtigten Forderungen für Lebenssicherheit im Alter werden Heidrun Dittrich aus unserer Fraktion im Bundestag, Helmut Schieferdecker, Sprecher der Bundes AG SeniorInnen, Matthias Loehr, Kreisvorsitzender und Abgeordneter im Landtag Brandenburg, sowie Gudrun Hibsch, Vertreterin im Seniorenbeirat der Stadt Cottbus, sprechen.

Zum Altenbericht der Bundesregierung und zu den Aktivitäten der Rentenangleichung wird ebenfalls in der Beratung Stellung genommen.

Joachim Masula,
Sprecher der AG SeniorInnen
des Ortsverbandes Cottbus

DIE LINKE.

Aktuelles aus Berlin

Enttäuschendes Urteil aus Karlsruhe zum ESM

Foto: www. wolfgang-neskovic.de

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) ist in weiten Teilen mutlos und enttäuschend. Sie kommt einem verfassungsrechtlichen Freibrief für die Politik gleich. Das Gericht hat sich weitgehend aus der verfassungsrechtlichen Bewertung der so genannten „Euro-Rettung“ verabschiedet. Solange der Bundestag das Entscheidungszentrum bleibt, werden ihm kaum nennenswerte verfassungsrechtliche Sperren mehr auferlegt. Dies kommt einer Kapitulation des Gerichts vor den so genannten Finanzmärkten und seinen Erwartungen gleich.

Dabei wäre es die Aufgabe des Gerichts gewesen, endlich dafür zu sorgen, dass die Märkte demokratiekonform werden und die Demokratie nicht zu einem marktkonformen Konstrukt degeneriert. Denn das ist die Aufgabe des Grundgesetzes, die die Richter in Karlsruhe zu erfüllen haben. Es war offensichtlich zu viel verlangt, es zu verhindern, dass der Preis für Europa mit dem Verlust demokratischer Grundwerte verbunden wird.

Es ging bei den Klagen gegen den ESM-Vertrag und den Fiskalpakt - anders als bei früheren Grundsatz-Entscheidungen zur europäischen Integration - nicht um die Frage nach einem Mehr oder Weniger in Europa. Vielmehr ging es um die Substanz der deutschen und der europäischen Demokratie, die durch den ESM und den Fiskalpakt beschädigt wird. Die Weitergabe von Souveränitätsrechten durch den Bundestag an europäische Institutionen kann nur dann zulässig sein, wenn diese neuen Institutionen ausreichend demokratisch legitimiert sind. Das kann von den Strukturen des ESM nicht behauptet werden.

Da der Fiskalpakt darüber hinaus als „Ewigkeitsvertrag“ gestaltet ist, wird durch seine Unterzeichnung an einer weiteren Säule der Demokratie gesägt: Demokratie lebt von der Fähigkeit zur Veränderung. Wahl und Abwahl von Regierungen und der stete Wettbewerb um die wechselnde Gunst des Wahlvolkes sind konstituierende Merkmale der Demokratie. Wenn sich morgen die Einsicht Bahn bricht, dass die Stabilisierung des Finanzsystems eine keynesianistische Nachfragepolitik erfordert, wird diese Erkenntnis wertlos bleiben, da kein Wahlvolk mehr die Herrschaft der unerbittlichen Kürzungspolitik vom Thron stoßen kann.

Nach Artikel 56, Absatz 1, der Wiener Vertragsrechtskonvention hätten die Staatenvertreter dem Pakt eine Kündigungsklausel beifügen müssen, um einzelnen Staaten den Austritt zu ermöglichen. Das ist unterblieben. Da andere, in der Konvention vorgesehene Kündigungsgründe ausscheiden, ist die Auflösung des Finanzdiktats nur auf eine Weise möglich: Alle Regierungschefs der teilnehmenden Staaten müssen mit einer neuen Situationsentscheidung den Vertrag für alle wieder aufheben. Dazu wird es nicht kommen. Auch diesen Aspekt hätte das Bundesverfassungsgericht beachten müssen. Die Klagen gegen ESM und Fiskalpakt waren auch in dieser Hinsicht ein Schrei nach mehr Demokratie.

Auch wenn die Entscheidung des Gerichts insgesamt enttäuschend ist, so haben die Kläger zumindest zwei Einschränkungen durchsetzen können: Eine Erhöhung der Haftungssumme darf nur mit ausdrücklicher Billigung des Bundestages durchgesetzt werden, und auch die im ESM-Vertrag festgelegte Geheimhaltung darf den Informationsfluss zum Bundestag nicht beeinträchtigen.

Durch diese demokratische Rückbindung des ESM an den Deutschen Bundestag und den gleichzeitig vollzogenen Rückzug des Verfassungsgerichtes aus der Bewertung dieser und zukünftiger „Rettungsmaßnahmen“ wird die Rolle des Bundestages und seiner Abgeordneten noch bedeutender. Zukünftig werden die Abgeordneten sich nicht mehr hinter der angeblichen Alternativlosigkeit einzelner Maßnahmen verstecken können. Sie können nun nicht mehr darauf hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht die gröbsten Fehler verfassungsrechtlich bemängelt und die Entscheidungen des Parlaments korrigiert. Die Abgeordneten selbst werden nun endgültig in die Verantwortung genommen, die richtigen Entscheidungen zu treffen und einen Verlust an Demokratie zu verhindern. Eine Bürde, der sich Bundestag und Bundesrat bislang nicht ausreichend gewachsen gesehen haben.

Auch wird durch die Forderung des Gerichts nach völkerrechtlich verbindlichen Vorbehalten der ESM-Vertrag zumindest kurzzeitig gestoppt. Bevor die verbindliche Haftungsobergrenze und die stärkere Beteiligung von Bundestag und Bundesrat nicht völkerrechtlich verbindlich festgelegt sind, darf der ESM-Vertrag nicht ratifiziert werden. Daran ändern auch abweichende Rechtsauffassungen von Wolfgang Schäuble und anderen Vertretern des Regierungslagers nichts. Auch die symbolhafte Unterzeichnung des Vertrages durch Bundespräsident Gauck ist nur ein Teil dieser politischen Irreführungskampagne. Rechtlich verbindlich kann der Vertrag nur dadurch werden, dass eine erneute Abstimmung über die Vorbehalte im Deutschen Bundestag stattfindet.

Trotz dieser Stärkung der Parlamentsrechte: Das Verfassungsgericht hat seine verfassungsrechtliche Verantwortung nicht wahrgenommen. Es hat nicht den Mut aufgebracht, die grob falsche Politik in ihre verfassungsrechtlichen Schranken zu verweisen. Es hat kein entschiedenes „Nein“ zu einer marktkonformen Demokratie formuliert.

Wolfgang Neskovic,
Vorstandsmitglied
der Linksfraktion im Bundestag

Wissenschaft trifft Landespolitik

Zur Leitbilddebatte am 8. September in Neu-Diepensee

Die Beratung war mit über 80 Teilnehmerinnen[1] unerwartet zahlreich besucht und durch zahlreiche Bundestagsabgeordnete, Wissenschaftler und Kommunalpolitiker auch fachlich sehr kompetent. Leider war aus unserem Kreisverband Lausitz kein einziger Abgeordneter anwesend, obwohl das Thema Wissenschaftlich begründete Kommunalpolitik vom Feinsten war.

Die Medien haben überwiegend berichtet, dass auch Veränderungen von Kreisgrößen angesprochen wurden. Das ist richtig, aber nur ein winziger Ausschnitt der Debatte. Eingeleitet wurde sie von Stefan Ludwig. Er führte unter anderem aus: DIE LINKE will starke, entscheidungsberechtigte Städte, Gemeinden und Kreise, deren Strukturen regionale Unterschiede und ihre ökonomische Lebensfähigkeit berücksichtigen. Ihre Größe muss dabei überschaubar sein, damit Einwohnerinnen sich beteiligen und ehrenamtliche Mitarbeit motiviert wird. Vielleicht müssen deshalb einige Landkreise neu zugeschnitten werden. Die unterschiedlichen Interessen aller Generationen sind zu berücksichtigen. Um die viel zu niedrige Geburtenrate zu verbessern, gilt der Zukunft junger Frauen besondere Aufmerksamkeit.

Das folgende Hauptreferat von Prof. Wolfram Wallraf (Stadtforscher, Sozialwissenschaftler der Humboldt-Universität) befasste sich mit der Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg. Wallraf stellte hauptsächlich fest:

- die Bevölkerungszahl sinkt – mit regionalen Unterschieden – insgesamt, weitgehend durch Wegzug Jüngerer.
- Die Bevölkerung schwindet in den berlinfernen Regionen und hier in den Dörfern am stärksten. Im berlinnahen Raum gibt es Zuzug. Wir wollen demgegenüber Ballungen in peripheren, mittelgroßen Städten erreichen („dezentrale Konzentration“).
- Auch innerhalb von Städten bestehen kleinräumige Unterschiede zwischen Stadtvierteln mit Verlust und Zunahme der Bevölkerung.

Diese Bevölkerungsbewegung ist eine wichtige, aber nicht die einzige Größe für die Landesperspektiven.

In drei Workshops wurden folgende Themen behandelt:

- Innovative Wirtschaft – Erfülltes Arbeitsleben – Gerechte Verteilung
- Neue Formen der öffentlichen Daseinsvorsorge
- Den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft in Brandenburg beginnen („Plan B“).

Ich beteiligte mich an letzterem Workshop. Dort wurde hervorgehoben:

- Dieser Gesellschaftsumbau ist nur demokratisch möglich. Seine Akteure sind die zivilgesellschaftlichen Kräfte: Gewerkschaften, ökologische Bewegungen, attac, Klein- und mittelständische Unternehmer, Wissenschaft, Verwaltungen u.a.. Die Veränderungen laufen auf eine Machtfrage hinaus.
- Regierungshandeln soll eine „Politik der Ermöglichung“ sein und lokale Handlungsfähigkeit mit „Regionalen Fonds“ (mir ist die Geldquelle unklar – Dietrich Loeff) unterstützen.
- Die Dialogprozesse erfordern wahrnehmbaren Nutzen für die Akteure, Teilhabe an Entscheidungen in einer dezentralen Strategie, Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer. Solche Anreize bieten zum Beispiel Genossenschaften für Erneuerbare Energie, weil der Strom billiger wird.
- Projekte mit nachhaltiger Wirkung erfordern personelle Untersetzung und die Beratung durch Nachhaltigkeits-Lotsen und Wissenschaftler.

Die Leitbilddiskussion ist bis zum 2. Dezember überwiegend Angelegenheit der Landtagsfraktion, die den Textentwurf bearbeitet. Auf dem Landesparteitag erfolgt dann an diesem Tag der Startschuss für die Diskussion in der Landespartei und der Öffentlichkeit.

Das Internet und unsere Medien werden die Debatte unterstützen. Der so überarbeitete Entwurf soll am 30.11.2013 auf einem Landesparteitag beschlossen werden.

Darum werden wir den Startschuss der breiten Debatte für den Kreisverband im I. Quartal 2013 geben.

Dietrich Loeff

• • • • • • • • •

(1) Es gelten stets die weibliche und männliche Sprachform gleichberechtigt.

Mehr Demokratie wagen

Gesamtmitgliederversammlung nicht durch eine Delegiertenkonferenz ersetzen

Der Kreisvorstand DIE LINKE.Lausitz beabsichtigt für die Nominierung der Bundestagsliste das Delegiertenprinzip einzuführen. Nachdem bereits der Ortsverband Guben dieser Vorgehensweise widersprochen hat, haben wir als Cottbuser Genossen ebenfalls formal beantragt, zur bisherigen Vorgehensweise zurückzukehren.

Wir wollen sowohl den Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2012 als auch die zehn Delegierten zur Landesdelegiertenversammlung nicht in einer Delegiertenversammlung, sondern in einer Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes Lausitz wählen. Das haben wir nun sowohl beim Kreisvorstand als auch bei der geplanten Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbandes Cottbus formal beantragt. Die Gründe für diesen Antrag möchten wir im Folgenden darstellen: Die Nominierung des Direktkandidaten in einer Gesamtmitgliederversammlung ist Ausdruck des basisdemokratischen Verständnisses unserer Partei. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Kreisverbandes.

Die direkte Wahl des Kandidaten und der Delegierten war im Kreisverband bisher die Regel. Wir sehen keinen Grund, von der demokratischen Praxis der letzten Jahre abzuweichen. Beispielsweise hat sich die Mitgliederzahl des Kreisverbandes seit 2009 nicht vergrößert.

Die übergroße Mehrheit der brandenburger Kreisverbände fällt die anstehende Entscheidung in Gesamtmitgliederversammlungen. Praktische Gründe für das Delegiertensystem bestehen dort, wo ein Bundestagswahlkreis über das Gebiet mehrerer Kreisverbände reicht. Das ist bei uns gerade nicht der Fall.

Nicht der Kreisparteitag, sondern lediglich der Kreisvorstand hat in seiner Sitzung am 9. Juli beschlossen, die Nominierung in eine Delegiertenversammlung zu verlagern. Es ist unserer Auffassung nach nicht legitim, dass der von uns gewählte Vorstand die Befugnisse der Gesamtmitgliederversammlung beschneidet. Die Entscheidung derartige Befugnisse aus der Hand zu geben und auf ein anderes Gremium zu übertragen, stünde allein der Gesamtmitgliederversammlung selbst zu.

Es verwundert uns, dass sowohl die Gründung von Ortsverbänden als auch das Vorgehen zur Nominierung nicht auf die Tagesordnung des erst kürzlich stattgefundenen Kreisparteitages gesetzt, sondern vom Vorstand allein entschieden wurde. Das lässt bereits Spekulationen aufkommen, dass hier das Ergebnis der Nominierung über die Wahl des Verfahrens beeinflusst werden soll. Der Kreisvorstand sollte diesen Verdacht dadurch widerlegen, dass er zur für den 19. Januar 2013 geplanten Nominierung eine Gesamtmitgliederversammlung einberuft.

D. Brendahl, H. Christange,
G. Hibsch, E. Hofedank, D. Loeff,
R. Schuster, U. Titscher

Verbal abrüsten – redlich argumentieren!

Erwiderung von Matthias Loehr, Kreisvorsitzender, auf obigen Beitrag

Unmittelbar nach seiner Wahl begann der Kreisvorstand mit der organisatorischen Vorbereitung der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. Bereits im März behandelten wir in erster Lesung den Zeitplan für den Wahlkreis 64. Eine Beschlussfassung dazu erfolgte im April diesen Jahres. Die Frage, ob wir eine Wahlkreisvertreterversammlung oder eine Versammlung aller wahlberechtigten Mitglieder des Wahlkreises durchführen wollen, wurde im Vorstand mehrmals diskutiert. Zudem wurden alle Ortsvorstände gebeten, Rücksprache zu halten und die Ergebnisse in die Debatten des Kreisvorstandes einzubringen. So gab es einen Antrag aus dem Ortsverband Forst, diesmal eine Wahlkreisvertreterversammlung durchzuführen. Begründet wurde dies mit dem Wunsch nach der tatsächlichen Abbildung der Mitgliederstärken auf einer solchen Veranstaltung. Ansonsten hätte der ausrichtende Ortsverband stets mehr Stimmberechtigte anwesend, als ihm nach dem Mitgliederverhältnis zustehende Delegierte. Als Gegenargument wurde der organisatorische Mehraufwand benannt. Letztlich gab es im Kreisvorstand – bei Anwesenheit von Mitgliedern aus allen Ortsverbänden – einen einstimmigen Beschluss zur Einberufung einer VertreterInnenversammlung des Wahlkreises. Wer nun behauptet, dies sei nicht legitim, sollte zuvor einen Blick in die Satzung unserer Partei werfen. Dort ist im § 36 klar geregelt, dass beide Veranstaltungsformen gleichberechtigt möglich sind. Die Entscheidung darüber liegt unzweifelhaft beim Vorstand. Ich kann mich an keinen Bundes-, Landes-, oder Kreisparteitag der LINKEN erinnern, wo eine solche Festlegung auf einem Parteitag getroffen wurde.

Dass in der Mehrzahl der Brandenburger Wahlkreise auf eine VertreterInnenversammlung zu Gunsten einer Gesamtmitgliederversammlung verzichtet wird, hat mit den unterschiedlichen Strukturen der Kreisverbände und dem erheblichen Mehraufwand bei der Anwendung des Delegiertenprinzips zu tun. Gerade weil bei uns die Wahlkreisgrenzen mit denen unseres Kreisverbandes identisch sind, hielt der Vorstand diesen Aufwand für vertretbar.

Bei der Gründung unseres Kreisverbandes DIE LINKE.Lausitz 2007 wurde leider versäumt, formal Ortsverbände zu gründen. Tatsächlich wirken wir jedoch seit fast fünf Jahren in vier Ortsverbänden des Kreisverbandes. Auch unsere Kreisschatzmeisterin arbeitet mit den Verantwortlichen der Finanzbereiche auf dieser Basis. In seiner Beratung im September hat der Kreisvorstand die Gründung der Ortsverbände nachgeholt, um etwaigen parteiinternen Streitigkeiten vorzubeugen. Bestandteil des Beschlusses war die klare Zuordnung der Orte, auf Grundlage der Finanzbereiche, zu den vier Ortsverbänden. Änderungen dieser Struktur sind natürlich jederzeit möglich.Auch diese Entscheidung durfte der Kreisvorstand treffen, wie jeder in der Satzung nachlesen kann. Zudem sind die Beratungen des Kreisvorstandes parteiöffentlich, und die Mitglieder des Gremiums nur für zwei Jahre gewählt.

Nackte Armut verhindern

Angela Merkel muss die Rente zur Chefsache machen. Ansonsten ist massenhafte Altersarmut unausweichlich. Schon jetzt müssen Hunderttausende Rentner im Alter arbeiten.

Altersarmut ist ein Gegenwarts- und Zukunftsthema. Ihre Verhinderung gehört auf die politische Tagesordnung. Denn aktuelle Zahlen lassen aufhorchen: Nach Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ist der Anteil der von Armutsrisiko Betroffenen seit Ende der 1990er-Jahre von unter elf Prozent auf heute über vierzehn Prozent angewachsen – das entspricht rund 11,5 Millionen Menschen.

Seit dem Jahr 2000 sanken die durchschnittlichen Neu-Renten um sieben Prozent von 1021 auf 953 Euro. Im selben Zeitraum gingen die Erwerbsminderungsrenten um vierzehn Prozent auf 634 Euro zurück. Altersarmut darf nicht auf Einzelfälle klein geredet werden.

Wird der Absturz der Renten nicht gestoppt, ist massenhafte Altersarmut unausweichlich.

Das „Jobwunder“ basiert auf prekärer Beschäftigung

Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit und der Bundesregierung sind hierzulande gegenwärtig fast drei Millionen Menschen arbeitslos und nahezu fünf Millionen ausschließlich gering beschäftigt.

Viereinhalb Millionen Menschen beziehen Hartz IV. Die Zahl der so genannten „Aufstocker“, also der Haushalte mit mindestens einem erwerbstätigen Hartz-IV-Beziehenden, hat sich laut Deutschem Gewerkschaftsbund von 2007 bis 2010 in Ostdeutschland um elf und in Westdeutschland um vierzehn Prozent erhöht.

Jetzt musste Arbeitsministerin von der Leyen einräumen, dass selbst Beschäftigte mit einem Lohn von 2500 Euro brutto und 35 Vollzeit-Arbeitsjahren ab 2030 nur die Grundsicherung von monatlich 699 Euro erhalten.

Das alles ist skandalös, und jeder weiß zudem, dass die Statistiken geschönt und die Dunkelziffern erheblich sind. Deutschlands vermeintliches „Jobwunder“ basiert leider maßgeblich auf Zeitarbeit, Minijobs und anderen Formen prekärer Beschäftigung. Bei sinkenden Einkommen werden von den Menschen mehr Flexibilität und mehr Mobilität sowie persönliche Vorsorge verlangt.

Das ist blanker Hohn!

Viele, die heute den Gürtel enger schnallen sollen, werden später um ihr letztes Hemd fürchten müssen. Nicht zuletzt müssen Menschen in der Finanzkrise schmerzlich erfahren, wie unsicher private Vorsorge sein kann.

Tausende Menschen im Rentenalter sind gezwungen zu arbeiten. Von 762 000 im Alter in Minijobs Tätigen sind 118 000 bereits 75 und mehr Jahre alt! Gewiss zählen dazu Wissenschaftler, die weiter Freude an der geistigen Herausforderung haben, oder Buchhalterinnen, die noch gerne die Papiere im Handwerksbetrieb in Ordnung halten. Wenn aber die Bundesregierung pauschalisierend behauptet, Rentnerinnen und Rentner arbeiteten kaum aus wirtschaftlichen Gründen, ist das schlicht zynisch. Wer im Supermarkt Regale füllt, frühmorgens Zeitungen ausschleppt oder sich als Reinigungskraft verdingen muss, kann nur den Kopf schütteln über die Mär von der Selbstverwirklichung.

Merkel muss die Rente zur Chefsache machen

Nach wie vor gibt es Rentenungerechtigkeiten zwischen Ost und West. Diese zu beseitigen hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung gelobt, blieb aber untätig.

Kanzlerin Merkel hatte die „Renteneinheit“ bis 2013 versprochen. Sie wird wortbrüchig werden, es sei denn, sie macht die Rente endlich zur Chefinnensache und ruft zum Beispiel einen Rentengipfel ein. Millionen Rentnerinnen und Rentner werden weiter mit einem geringeren Rentenwert Ost abgespeist – weit über zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit!

Wir von der LINKEN haben im Bundestag zahlreiche Vorschläge zur An-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Karikatur: Hänschen

Nackte Armut verhindern

(Fortsetzung von Seite 5)

gleichung der Rentenwerte und zu einer grundlegenden Korrektur der Rentenüberleitung gemacht.

Unsere Fraktion hat sich mitnichten nur für ehemalige DDR-Eliten ins Zeug geworfen, wie es gelegentlich suggeriert wird, sondern konkrete Vorschläge gemacht für ehemalige Bergleute und Beschäftigte im Gesundheitswesen, für Geschiedene, mithelfende Familienangehörige in Handwerksbetrieben und andere – insgesamt für fast zwanzig Gruppen von Betroffenen.

Nicht einer dieser Vorschläge wurde im Bundestag angenommen.

Nach Auffassung der LINKEN muss die gesetzliche Rente im Zentrum der Alterssicherungspolitik stehen.

Konzepte einer steuerfinanzierten Minimalversorgung plus private Vorsorge lehnen wir ab. Wir wollen eine solidarische Alterssicherung, bei der auch Selbstständige, Beamte und Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Der solidarischen Alterssicherung soll sich niemand entziehen, und alle müssen teilhaben dürfen.

Beitragskürzungen von heute sind Rentenkürzungen von morgen

Dazu gehört auch, den Solidarausgleich zu stärken für Zeiten, in denen keine oder nur geringe Rentenbeiträge gezahlt werden konnten. Da niemand im Alter vom Armutsrisiko betroffen sein soll, fordert DIE LINKE eine Mindestrente, die deutlich über der Grundsicherung liegt.

Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre lehnen wir ab, weil sie nichts anderes als eine Rentenkürzung ist und zudem wenig mit den Realitäten auf dem Arbeitsmarkt zu tun hat.

Die gegenwärtig von der Bundesregierung erwogene Senkung der Rentenbeiträge halten wir gerade mit Blick auf drohende Altersarmut für destruktiv. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergäbe sich ein monatlicher Ertrag von durchschnittlich sieben bis acht Euro. Dafür sollten Zukunftsfragen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Beitragskürzungen von heute sind Rentenkürzungen von morgen. Der gesetzliche Automatismus, wonach die Beiträge gesenkt werden, wenn die Rentenreserven 1,5 Monatsausgaben übersteigen, muss und kann abgeschafft werden.

Wenn DIE LINKE seit Jahren für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn streitet, der aktuell nicht unter zehn Euro liegen sollte, so geht es um ein menschenwürdiges Leben heute und morgen, und leider immer mehr auch darum, nackte Armut zu verhindern.

Wir plädieren für einen Dreiklang von guter Arbeit, guten Löhnen und guten Renten.

Dietmar Bartsch, MdB, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag DIE LINKE (in „THE EUROPEAN – Das Debattenmagazin“, 4.9.2012)

Arm im Alter?

Meine drei Kinder, wie auch ihre Lebenspartner so um die Fünfzig herum, blicken in keine sehr rosige Zukunft, wenn sie an ihr Alter denken. Werden sie ausreichend Rente bekommen, sodass sie davon künftig leben können?

Gegenwärtig wird dieses Thema heiß diskutiert, in der Öffentlichkeit zumindest. Manche zucken auch nur resigniert mit den Schultern und sagen: Nach uns die Sintflut. Unsere Renteneinkünfte werden ja eh vorn und hinten nicht reichen, und über Überschüsse verfügen wir nicht. Das hat seinen guten Grund. Denn zumindest im Osten Deutschlands sind die Einkommen so niedrig, dass davon kaum einer etwas fürs Alter sparen kann.

Ein Kraftfahrer mit 1200 Euro Monatslohn, eine Küchenfrau mit 600 bis 700 Euro monatlich – wie soll man davon noch etwas auf die hohe Kante legen? Es wäre angebracht, dass die Politiker den Realitäten etwas genauer ins Auge schauten! In offiziellen Papieren wird von einem Durchschnittslohn von 3300 Euro im Monat gesprochen – das ist für hunderttausende von Werktätigen einfach nur ein Traumlohn!

Alle Ostdeutschen, ausgenommen die Spitzenverdiener, wissen, dass die Reallöhne diese Summen bei weitem nicht erreichen.

Und nun droht in Zukunft auch noch eine immer weiter sinkende Rente.

In den Rentenreformen der letzten Jahre ist die klare Zielstellung enthalten, bis 2030 das Rentenniveau von derzeit etwa 51 Prozent auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohnes abzusenken. Das bedeutet laut Arbeitsministerium, dass alle, die heute weniger als 2500 Euro brutto verdienen und keine private Vorsorge betreiben können, vor Altersarmut nicht mehr geschützt sind. Ihnen droht der Gang zum Sozialamt.

Die Probleme sind hausgemacht. Ursachen für die Altersarmut liegen vor allem in der Arbeitsmarktpolitik und gehen zum Teil schon auf die einstige rot-grüne Bundesregierung zurück, unter der die Leiharbeit gesellschaftsfähig gemacht und so dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet wurde.

Vor diesem Hintergrund gibt es eine Reihe von Überlegungen und Vorschlägen, die Rente sicher zu machen.

Die SPD will in den nächsten Wochen über ein Rentenkonzept entscheiden. Im Gespräch ist eine Solidar-Rente in Höhe von 850 Euro.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen will gegen heftigen Widerstand aus den Reihen junger Unionspolitiker die so genannte Zuschuss-Rente durchsetzen. Die sei nötig, denn an der Entscheidung, das Niveau der gesetzlichen Rente abzusenken, führe kein Weg vorbei. Aber auch dieser Vorschlag hat so seine Ecken und Kanten. Denn nach den Vorstellungen von der Leyens kann diese Zuschussrente nur erhalten, wer wenig verdient, aber langjährig Beiträge eingezahlt und regelmäßig private Vorsorge geleistet hat. Und schon fällt diese Gruppe ohne private Vorsorge-Leistungen wieder unter den Tisch.

Weiter geht also das große Rennen um hier ein paar Euro mehr oder dort um einen zusätzlichen Minijob, um den Lebensstandard zu halten.

In Würde altern – dieser Wunsch vieler wird wohl ein Wunschtraum bleiben.

G. Krönert

Tunnel Ja ... - Tunnel Nein ... - Tunnel Ja ...

Der gute alte Spreewaldtunnel soll geschlossen werden. Bauvorschriften sind einer Sanierung im Wege. Was viele Jahrzehnte ohne Probleme funktionierte, den Zweiten Weltkrieg überstanden hat und in Berufsverkehrszeiten Massen von Reisenden einen kurzen Weg ermöglichte, geht heute nicht mehr. Man muss das nicht verstehen, aber man muss es wohl akzeptieren.

Die Bahn beabsichtigt, den neuen Tunnel vom Bahnsteig 5 bis zum letzten Gleis zu verlängern. Damit entfällt endlich das Auf und Ab, wenn man zu den Bahnsteigen 6 und folgenden gelangen will. Übrigens war dieser Tunnel bereits Bestandteil der Baumaßnahmen zur Eröffnung des Bahnhofs im Jahre 1978, er wurde jedoch aus Geldmangel nicht realisiert.

Seit geraumer Zeit geht es damit auch um die Frage, ob denn nicht ein Ausbau parallel zum alten Tunnel in Richtung Spreewaldbahnhof möglich wäre. Schließlich benutzen täglich 1200 Personen den alten Tunnel. Die Anbindung an die Innenstadt ist fußläufig gut zu erreichen. Das kostet natürlich zusätzlich Geld.

Cottbuser Spreewaldbahnhof
Quelle: rfe.railclub.ru

Die DB fühlt sich dafür nicht zuständig, ihren Kunden eine solche traditionelle Wegführung zu sichern. Es wäre eine Verantwortung der Stadt.

Im März dieses Jahres stellte deshalb die LINKS-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung einen Änderungsantrag zu einer Vorlage. Mit der Vorlage der Verwaltung sollte eine Beteiligung der Stadt Cottbus am Tunnelbau abgelehnt werden.

DIE LINKE schlug in ihrem Antrag vor, wenigstens so viel Geld bereit zu stellen, dass eine Anschlussmöglichkeit im Zuge des verkürzten Tunnelbaus technisch vorbereitet werden kann. Falls später dann Geld zur Verfügung steht, wäre eine Verlängerung in Richtung Norden gut möglich. Eine Förderung durch das Land (bis zu 90 Prozent) wurde hierbei in Aussicht gestellt. Dieser Änderungsantrag wurde abgelehnt (14 dafür, 20 dagegen, sieben Enthaltungen). Die Vorlage zur Nichtbeteiligung wurde angenommen (20 dafür, 14 dagegen, sieben Enthaltungen). Prompt bildete sich eine Bürgerinitiative, die die Bedeutung des Tunnels öffentlich machte.

Im August gab es zum gleichen Thema eine Sonder-Stadtverordnetenversammlung. Die Tunnelfrage wurde nochmal aufgerufen, weil das Land wiederum Fördermittel in Aussicht gestellt hatte. Das zuständige Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft vertritt die Auffassung, „...dass der Personentunnel nicht aufgegeben werden sollte, da er auch aus städtebaulicher Sicht ein wichtiger Bestandteil ist. Wenigstens die Option für die direkte Verbindung in die Innenstadt sollte sich die Stadt sichern. Nur mit dieser Voraussetzung wäre eine finanzielle Unterstützung über Städtebaufördermittel für das Bahnhofsumfeld denkbar“. (Zitat aus der Begründung der Vorlage IV-075/12)

Diese Vorlage wurde einstimmig bestätigt. In den Jahren 2012 und 2013 werden insgesamt 402 000 Euro in den Haushalt eingeplant. Wann die Verlängerung des Tunnels gebaut werden kann, ist jedoch noch offen.

Interessant war es zu hören, mit welchen geschickten sprachliche Wendungen der Wortführer der Fraktion der CDU/Frauenliste in der Stadtverordnetenversammlung es vollbrachte, die Ablehnung vom März in eine volle Zustimmung zu verwandeln. Aber wir freuen uns ja über jede Einsicht.

Baubeginn der Bahn ist im vierten Quartal 2014. Die Baumaßnahme beinhaltet dabei neben dem Tunnel Investitionen zum behindertengerechten Zugang der Bahnsteige, der Anhebung der Bahnsteige sowie die Überdachung. Ziel der Bahn ist es, alle Maßnahmen zum Umbau des Bahnhofes bis Ende 2017 abzuschließen. Auch da sind wir zuversichtlich. Trotz alledem!

Eberhard Richter,
Dr. Ulrich Schur

„NachtTanzDemo gegen Rassismus – für ein grenzenloses Leben“

Das ist das Motto einer NachtTanzDemo

am 30. Oktober, die gegen 19.30 Uhr am Uni-Campus startet.

Auf dem Campus der BTU wird es ab 19.30 Uhr ein Vorprogramm geben. Der Startpunkt der Demonstration ist bewusst gewählt, gibt es doch mehr als 1000 internationale Studierende an der Universität, und Hochschulen sind ein selbstverständlicher Ort interkulturellen Lernens und Lehrens.

Die Demonstration führt dann kreuz und quer durch die Cottbuser Innenstadt - vorbei an vielen Kulturorten, der Stadthalle und dem Staatstheater. Der Zug wird von Musikwagen, Handpuppen, Jongleuren und kleinen Aktionen an verschiedenen Kulturstätten begleitet – eigene Ideen sind ausdrücklich erwünscht. Das Ganze endet dann mit einer Tanz-Kundgebung vor dem Scandale und dem Staatstheater.

Die Demonstration gegen Rassismus nutzt den öffentlichen Raum, um dem latenten Rassismus ein Fest verschiedener Lebensentwürfe entgegensetzen. Für die Organisatoren ist es wichtig, sich mit den Opfern rassistischer Gewalt solidarisch zu zeigen. Die Antwort auf Rassismus muss laut und bunt sein.

Weitere aktuelle Informationen gibt es unter www.cottbus-nazifrei.info

„Klein“ aber unverzichtbar

Erster Brandenburger Erfahrungsaustausch LINKER-Zeitungen beim Friedensfest in Strausberg

Sie heißen „Rotkehlchen“, „Roter Hahn“ oder eben „Cottbuser Herzblatt“ – drei kleine Zeitungen von 32 im Land Brandenburg, herausgegeben von Kreisverbänden und Stadtvorständen der LINKEN.

Am 1. September, beim Strausberger Friedensfest, trafen sich alle zum ersten Mal zu einem Erfahrungsaustauch unter Regie der Landtagsfraktion und der Landesgeschäftsstelle.

Übereinstimmende Feststellung gleich zu Beginn: Der Begriff „Klein“ für diese Medien stapelt eigentlich tief. Schließlich bringen es die „Kleinen Zeitungen“ im Jahr auf eine Auflage von 285 000Exemplaren. Die Stückzahl pro Ausgabe reicht von 500 bis 56 000. Und das alles durch ehrenamtliche Tätigkeit! Aber nicht die Zahl allein ist ausschlaggebend. Ihr politisches Alleinstellungsmerkmal, die positiven Aktivitäten der LINKEN im lokalen Bereich darzustellen, machen diese Zeitungen so dringend erforderlich, ja unverzichtbar.

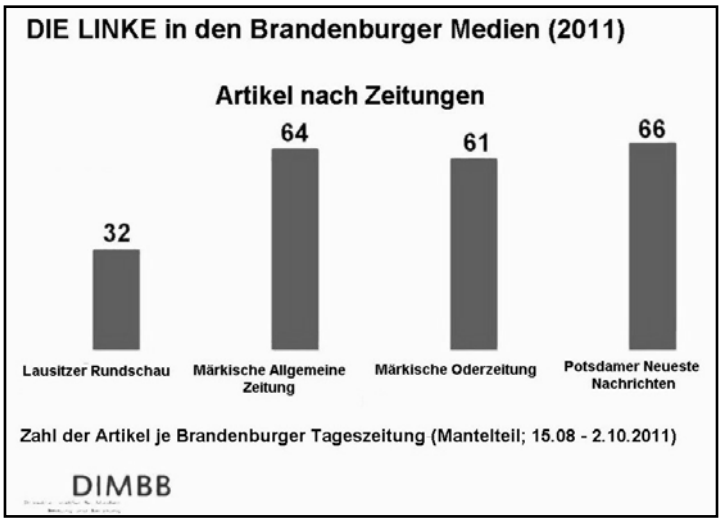
Die Analyse des Medienexperten Heiko Hilker lieferte dazu während des Forums die aktuellen Hintergründe. So kommt DIE LINKE in den zentralen Medien des Bundes aber auch des Landes am schlechtesten weg. Und wenn berichtet wird, dann größtenteils negativ. Positive Veränderungen und Aktivitäten der LINKEN im Territorium fallen dabei meist unter den Tisch. Ein Beispiel dafür liefert Tag für Tag die „Lausitzer Rundschau“, die übrigens von den Landeszeitungen, laut Einschätzung, am wenigsten und am negativsten über unsere Partei informiert.

Was den Inhalt der „Kleinen Zeitungen“ betrifft, so haben alle mit der gleichen Fragestellung zu tun: Was soll dominieren, Bundes-, Landes-oder Kommunalpolitik? Natürlich wollen unsere Leser vor allem wissen, was in ihrem unmittelbaren Umfeld geschieht, aber meist lässt es sich nicht von der Landes-und Bundespolitik trennen. Vieles hängt voneinander ab und miteinander zusammen.

Wir vom „Herzblatt“ sagen, die Mischung macht es, und lassen uns nicht in eine Schablone pressen. Übrigens, in Sachen Qualität des Inhalts und der Aufmachung brauchen wir Cottbuser Macher uns nicht zu verstecken. Und mit 16 Seiten pro Ausgabe sind wir sogar Spitze. Wir wurden hier eigentlich nur darin bestärkt, inhaltlich so wie bisher weiterzumachen.

Allerdings problematisch – auch für uns – wurde es dann beim Thema Auflagenentwicklung und Charakter der Zeitung.

Tatsache ist, das die monatliche „Herzblatt“-Auflage von Jahr zu Jahr gesunken ist, von einstmals 1500 Exemplaren auf gegenwärtig 500 bis 600 pro Ausgabe. Das hat neben ein paar subjektiven vor allem aber objektive Gründe.



Wir verstehen uns vor allem als eine Mitglieder-Zeitung, mehr oder weniger zur Selbstverständigung unter Genossen, die sich mittels Abo selbst finanziert. Dadurch ist unsere politische Außenwirkung äußerst bescheiden, und die Auflage fast ausschließlich auf die Partei-Mitgliederzahl beschränkt. Das heißt zugespitzt formuliert, wir schmoren mehr oder weniger im eigen Saft und riskieren bei Mitgliederschwund ein ständig weiteres Absinken der Auflage. Von der „verschenkten“ Möglichkeit, potentielle LINKE-Wähler der Stadt Cottbus mit unserer Zeitung anzusprechen ganz zu schweigen. Aber gerade darin sahen die Teilnehmer des Erfahrungsaustausches die größte politische Wirkungsmöglichkeit der „Kleinen Zeitungen“.

Wir werden wohl oder übel, früher oder später, uns dazu prinzipiell verständigen müssen: Wollen wir eine reine Mitgliederzeitung bleiben oder uns auf den Weg zu einer Bürgerzeitung begeben?

Das hätte natürlich für uns alle – einschließlich Kreisvorstand und Fraktion – gravierende Konsequenzen in Sachen Inhalt, Gestaltung, Druck, Redaktion, Finanzierung und Vertrieb. Ich persönlich halte es für dringend erforderlich, dass sich die dafür verantwortlichen Gremien zeitnah mit diesem Problem beschäftigen, um eine Konzeption zu erarbeiten, die unserem 22-jährigen „Herzblatt“ eine sichere Perspektive garantiert.

Gute Erfahrungen dazu gibt es gleich nebenan in Senftenberg. Dort vertreiben die Genossen das „Rotkehlchen“ als Bürgerzeitung in hoher Auflage. Bestimmt kann man sich so manches in Sachen Druck, Finanzierung und Vertrieb abschauen.

Wie überhaupt der Strausberger Erfahrungsaustausch mannigfaltig interessante Lösungen zur Sprache brachte, wie beispielsweise der Vertrieb durch Mitglieder per Fahrrad, über Einleger bei Wochenzeitungen und Prospektausträger organisiert wird, welche festen Rubriken den Inhalt von Zeitungen prägen, wie Vereine und Verbände vorgestellt werden, Traditionsfiguren humorvoll Missstände im Territorium LINKS-politisch kommentieren und vieles Nachahmenswerte mehr.

Beraten wurde auch über eine bessere Vernetzung der „Kleinen Zeitungen“ mit dem Landesverband, der Landtagsfraktion, dem Kommunalpolitischen Forum und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg.

Natürlich konnte vieles nur angerissen werden. Deshalb fand der Vorschlag zum Abschluss der Veranstaltung, die Diskussion zu bestimmten speziellen Themen – wie zum Beispiel Urheberrechte, Werbung, Vertrieb und Finanzierung – im gleichen Kreise fortzusetzen, einhellig Zustimmung.

Wir vom „Herzblatt“-Team werden gern wieder daran teilnehmen.

Joachim Telemann,
Mitglied der Redaktionskommission

„Bundeswehr raus aus den Schulen“

Am 1. September wurde an unserem Infostand auch ein Flyer der Linksjugend/solid verteilt. „Bundeswehr raus aus den Schulen“ heißt es da, und „Gegen Militarisierung und Fremdbestimmung“.

Christian Eicke (Foto Mitte) ist Mitglied im Schulausschuss. Mit ihm habe ich mich unterhalten und gefragt wie er das denn sieht.

Hast Du Wehrdienst geleistet oder verweigert?

Ja, es kam mir zwar recht sinnlos vor, aber Gewissensbisse für eine Verweigerung gab es für mich 1978/79 nicht. Die Bundeswehr war eine reine Verteidigungsarmee, an Interventionen im Ausland war nicht zu denken – dagegen sprach schon das (damalige) Grundgesetz – und mit einem Angriff aus dem Ostblock habe ich auch nicht ernsthaft gerechnet, also war es vertane Zeit, aber moralisch für mich nicht bedenklich.

Der Wehrdienst wurde abgeschafft, nun fehlen der Bundeswehr die Leute. Ist es da nicht normal, dass die Bundeswehr versucht, Freiwillige zu werben?

Das macht jeder Arbeitgeber, die Frage ist nur, mit welchen Mitteln sie das tut.

Was ist denn so falsch an den Auslandseinsätzen? Es geht doch darum, so habe ich es verstanden, dem Terrorismus Einhalt zu gebieten und Frauen, zum Beispiel in Afghanistan eine Schulbildung zu ermöglichen.

Mit militärischen Auslandeinsätzen können die Ursachen des Terrorismus bestimmt nicht beseitigt werden. Und auch die Bekämpfung der Symtome geht ja ziemlich gründlich daneben. Denn der Einsatz von Gewalt erzeugt immer nur neue Gewalt. Frauen konnten in Afghanistan schon mal relativ problemlos zur Schule gehen und ein einigermaßen gleichberechtigtes Leben führen; bis der Westen islamistische Fundamentalisten tatkräftig unterstützt hat, die Sowjets wieder zu vertreiben

Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch, ist es nicht besser einen festen Job bei der Bundeswehr zu haben, vielleicht sogar ein Studium bezahlt zu bekommen, als arbeitslos zu sein?

Die Jugendarbeitslosigkeit ist aufgrund des berühmten „demographischen Wandels“ in Deutschland so niedrig wie schon lange nicht mehr, da die jungen Leute zur Zeit die Wahl haben, entscheiden sich die meisten für einen zivilen Ausbildungsplatz. Deshalb gibt es ja die Schwierigkeiten bei der „Rekrutierung“, und das ist gut so.

Du bist Mitglied im Schulausschuss. Ist Dir bekannt, ob an Cottbuser Schulen Offiziere der Bundeswehr für den Militärdienst werben oder geworben haben?

Mir ist nicht bekannt, ob das in Cottbus schon der Fall war, aber ich werde das Thema mal im Ausschuss ansprechen.

Kannst Du Dir vorstellen, dass Du Dich innerhalb der Fraktion oder auch im Ausschuss gegen Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Cottbuser Schulen aussprichst, beziehungsweise eine Anfrage dazu stellst?

Ja!

Herta Venter

Weltfriedenstag am 1. September

Gemeinsam sind wir stark. Dieser Spruch hat sich bewahrheitet. DIE LINKE Cottbus hat Gesicht gezeigt und sich als Friedenspartei den Bürgern mit einem Informationsstand auf dem Stadthallenvorplatz präsentiert. Eine von der AG Geschichte vorgeschlagene Veranstaltung zum „Antikriegstag“ fand innerhalb der Partei großen Zuspruch.

Die Aktivitäten waren vielfältig. Es wurden Luftballons aufgeblasen, Handzettel verteilt, Friedenstauben auf den Platz gesprüht, Geld für Ziegenhals und Unterschriften für einen Brief an die Bundeskanzlerin gesammelt.

Wie gesagt, wir waren ein starkes Team. Es waren sogar genügend starke Männer da, die das Zelt für die geplanten Filmvorführungen aufstellen konnten.

Es war wie immer am „Weltfriedenstag“. Nur etwas ist zu kurz gekommen. Das Erinnern daran, warum der 1. September als Gedenktag so wichtig ist.

Am 1. September 1939 haben die Nazis Polen überfallen. Es war der Beginn des Zweiten Weltkrieges, der unermessliches Leid über Europa gebracht hat. Die Cottbuser sollten auch erfahren, was in ihrer Stadt los war, in der Zeit von 1933 bis 1945. Wer weiß das schon, von den jüngeren Leuten, dass es in Cottbus ein Frauenzuchthaus für politische Gefangene gab, dass 1944 in Cottbus 5504 Menschen aus 13 Nationen als Zwangsarbeiter lebten, und dass von den 449 jüdischen Cottbusern am Kriegsende nur zwölf Menschen noch am Leben waren?

Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus, gilt das noch?

Bedenklich ist doch, dass bei der Kommunalwahl 2008 die NPD von 3202 Bürgern gewählt wurde und in der Stadtverordnetenversammlung jetzt zwei Vertreter dieser Partei sitzen. Aufklärung tut not.

Darum sollte der 1. September in jedem Jahr als Aktionstag zu unserem Programm gehören.

Herta Venter, AG Geschichte

Klimawandel: Nicht nur ein großes Wort !

Es gibt weltweit viele Aktionen, Kampagnen, Diskussionsforen, Konferenzen und Aktionen, die alle das Thema Klimawandel in den Mittelpunkt stellen.

Es gibt nicht nur viele unbeantwortete Fragen, es gibt auch schon Konzeptionen und Empfehlungen an Regierungshandeln und es gibt zunehmend Wahrnehmungen in der Natur, die für die Lebensumstände vieler Völker und Länder verheerende Auswirkungen haben.

In diesem Sommer, vom 20. bis 22. Juni, trafen sich zum Beispiel Staats- und Regierungschefs sowie VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen aus über 170 Ländern in Rio de Janeiro, Brasilien. Sie diskutierten über globale Probleme und Lösungen mit dem Schwerpunkt einer „grünen“ Wirtschaft sowie Strategien zur Armutsbekämpfung. Wird die Konferenz der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung einen neuen Schub verleihen? Die Erwartungen waren/sind hoch!

Es gibt aber auch Leute, die das Thema klein reden und sagen: Das Klima hat sich schon immer gewandelt.

Wir aber sollten uns fragen, was müssen/sollten wir hier darüber wirklich wissen, was haben wir damit zu tun? Denn: Sicherlich ist ein Umdenken und sind neue, wichtige Gesichtspunkte für politische Forderungen und Entscheidungen nötig.

Wir wollen deshalb in unserer BO 11 in einer Zusammenkunft/Diskussion am 16. Oktober um 17.00 Uhr mit Genossen René Schuster darüber sprechen und uns mit seiner Hilfe diesem Thema zuwenden.

Wir laden alle interessierten Genossinnen und Genossen dazu ein.

Im Namen des BO-Vorstandes:
Gudrun Hibsch, BO-Vorsitzende

Gegen die Schließung der Kolkwitzer Haltepunkte

Unterschriftenübergabe an Minister Jörg Vogelsänger

Liebe GenossInnen,
liebe MitstreiterInnen!

Am 3. September haben Karla, Carola und ich die 4300 Unterschriften gegen die Schließung der Kolkwitzer Bahnhaltepunkte an den Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft übergeben.

Karla, Carola und ich mit den 4300 Unterschriften vor der Übergabe an den Minister

Unser Gesamteindruck war schon deshalb positiv, weil Herr Jörg Vogelsänger von sich aus auf uns zugekommen war und das Gespräch gesucht hatte (natürlich waren wir angemeldet).

Im Verlaufe des Gespräches erklärte er nochmals (das kannten wir schon aus dem Ergebnis der kleinen Anfrage der LINKEN-Landtagsfraktion), dass es derzeit keine Schließungsabsichten für die Kolkwitzer Haltepunkte gäbe.

Gleichzeitig vertrat er den Standpunkt, dass die Nutzerzahlen der Haltestellen erhöht werden müssten, und, da die Bahnsteige ja analog wie in Cottbus umgebaut werden müssen, nur noch ein Haltepunkt in der Großgemeinde auf der Strecke Berlin-Cottbus realistisch sei. Als Begründung dafür nannte er, dass der Brandenburger Finanzminister, Herr Markow, seinem Ministerium die meisten Mittelkürzungen zugemutet hätte.

In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit haben wir andere Lösungsansätze benannt, weil unter anderem die derzeitig betriebene Verschlechterung des Umfeldes der Haltepunkte und deren Nutzungsmöglichkeiten, die vor allem von der DB zu verantworten sind, einer Erhöhung der Ein-/Aussteiger entgegenwirkt.

In diesem Punkt waren wir uns über die Verantwortung des Bundes einig. Andere Punkte, wie zum Beispiel unsere Zweifel an den vorgelegten Nutzerzahlen oder die unerklärlichen Unterschiede bei den einzelnen Kosten für Kolkwitz Süd, Kolkwitz Nord und Kunersdorf, nahm er zur Kenntnis.

Am Rande der Veranstaltung haben wir von einem Insider erfahren, dass die Bahn auf der Strecke Berlin-Cottbus enorme Zugdurchleitungsprobleme hat, weil die Strecke seit dem Modernisierungsausbau eingleisig ist. Für den Ausbau des zweiten Gleises sind rund 50 Millionen Euro notwendig, die der Bund nicht bereitstellen will. Damit ist für die DB die Beseitigung der Haltepunkte die einzige Option, um den profitablen Güterverkehr geregelt zu bekommen.

Es geht also nicht um die Bürger und den ÖPNV, sondern um die Gewinnmaximierung bei der DB.

Ich denke, wir haben einen Etappensieg erreicht. Aber die Gefahr einer Verschlechterung des ÖPNV im ländlichen Raum ist noch lange nicht gebannt.

Ich bedanke mich bei Euch, der Basisorganisation, der Kolkwitzer LINKEN-Fraktion und natürlich auch bei allen anderen ungenannt bleibenden für die aktive, die moralische und auch finanzielle Unterstützung.

Gerd Bzdak

Die 4300 Unterschriften in der Hand von Minister Jörg Vogelsänger

Mumia Abu-Jamal und die Absurdität in der Rechtssprechung der USA

... und doch für Abu-Jamal eine neue Chance

Die „Heilsbringer“ für Demokratie und Menschenrechte weltweit, sie pfeifen im eigenen Land darauf!

Ist es eigentlich vorstellbar, dass ein Mensch physisch und psychisch heil bleibt, wenn er fast 30 Jahre in der Todeszelle sitzt? Wenn er nachweislich unschuldig ist und es ebenso nachweislich fest steht, dass er keinen fairen Prozess hatte? Es handelt sich um den Fall Mumia Abu-Jamal, dem afro-amerikanischen Bürgerrechtler und Journalisten, der 1982 in Philadelphia (USA) wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt wurde.

Dieser Mann ist aber tatsächlich hell wach, schreibt aus der Gefängniszelle heraus interessante, streitbare Artikel nicht nur für die „junge Welt“, sondern kämpft zugleich dafür, dass nicht nur ihm Gerechtigkeit widerfährt, sondern nimmt seinen eigenen „langsamen Haft-tod“ zum Anlass, um die gängige Praxis der Isolierhaft und lebenslange Haft ohne Bewährung im US-Gefängnissystem als verfassungswidrig anzuprangern. Er ist Symbolfigur und hat dem Kampf gegen die Todesstrafe ein Gesicht gegeben.

Weltweite Proteste fordern seine Freiheit. In dem Buch „Wettlauf mit dem Tod“ von Prof. Dr. Schiffmann (Universität Heidelberg) hat dieser, wie auch zahlreiche Anwälte von Abu-Jamal, nachgewiesen, dass er unschuldig ist, und dass er keinen fairen Prozess hatte.

Der Fall Abu-Jamal ist eine Kette von Rechtsbrüchen! Dem Gericht liegen zweifelsfreie Beweise der Unschuld vor. Deshalb wurde in der Vergangenheit auch vor allem darum gekämpft, in einem Wiederaufnahmeverfahren – einem fairen Prozess – seine Unschuld festzustellen. Seine Anwälte mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass 2008 drei Richter – mehrheitlich?! - entschieden hatten, dass es kein neues Verfahren geben wird, sondern lediglich über das Strafmaß – lebenslange Haft oder Todesstrafe – entschieden werden soll. Nun liegt wieder eine illegale Richterentscheidung vor, und buchstäblich in letzter Minute ist es gelungen, dagegen Rechtsmittel einzulegen: Und zwar gegen eine formale Umwandlung seiner Todesstrafe in lebenslange Haft ohne Bewährungsmöglichkeit. Also Haft bis zu seinem Tode.

Eine für Abu-Jamal tätige Anwältin hat durch Zufall diese heimlich erlassene Entscheidung entdeckt. Ohne Vorankündigung und ohne Wissen des Verteidigungsteams fasste das Staatsgericht von Philadelphia am 13. August diese erlassene Rechtsentscheidung.

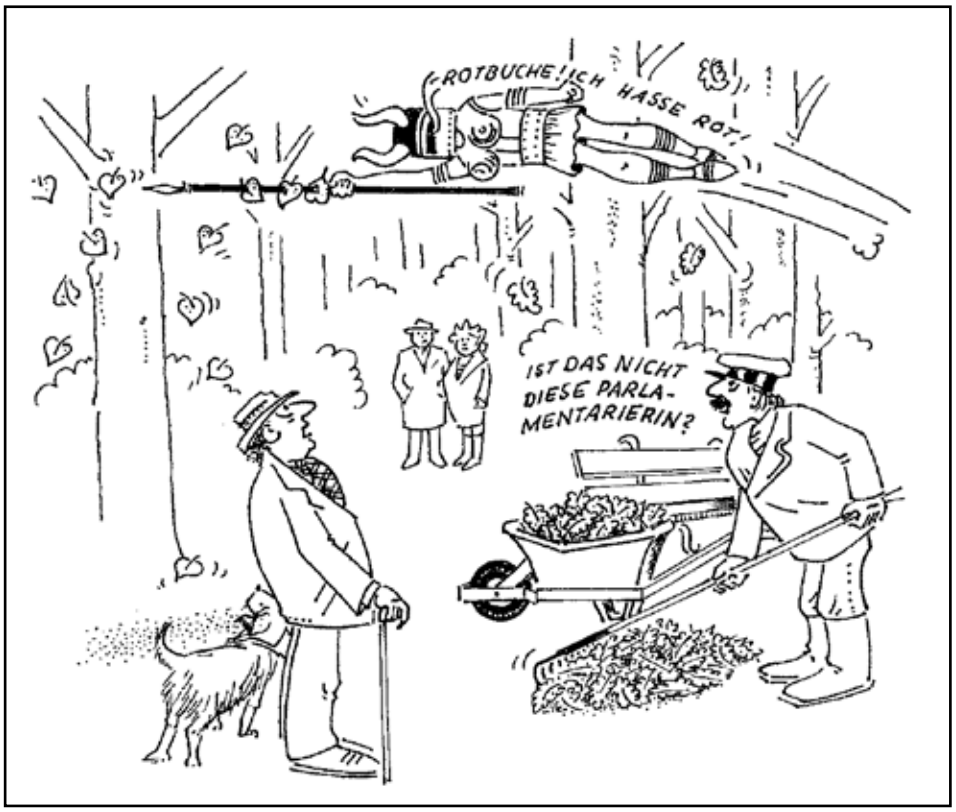
Ein Beispiel nicht nur der Absurdität in diesem unfairen Verfahren, sondern auch eine Tatsache, dass unter Rechtsverletzung der Fall ein für alle Male erledigt werden sollte.

Kurz vor Ablauf der Widerspruchsfrist konnte ein Eilantrag zum Gericht gebracht werden, wonach Abu-Jamal durch seine Rechtsanwältin vorgebracht wurde, die Umwandlung des 1982 gegen ihn verhängten Todesurteils in Haft bis an sein Lebensende sei „für Null und Nichtig zu erklären“.

Warum ist es für Mumia Abu-Jamal so wichtig, zu widersprechen? Seine Begründung: Die Entscheidung sei ohne seine Kenntnis und deshalb „unter Bruch grundlegender rechtlicher Erfordernisse (...) zustande gekommen, folglich rechtswidrig.“ Außerdem sei seine Verurteilung zu lebenslang ohne Bewährung „nach fast dreißig Jahren Isolationshaft im Todestrakt aufgrund eines rechts- und verfassungswidrigen Todesurteils“ erfolgt. Und sein Recht auf ein faires Verfahren werde verletzt.

Ich hoffe mit Vielen, dass es eine neue Chance für Mumia Abu-Jamal im Kampf um seine Freiheit ist.

Gudrun Hibsch



Karikatur: Hänschen

„Herzblatt“ in eigener Sache

Seit vielen Jahren schon bemühen wir uns jeden Monat eine Zeitung mit vielen interessanten Inhalten, Meinungen und so weiter zusammenzustellen und zu drucken, damit unsere Leser stets aktuell erfahren, was so Neues und Interessantes gibt in der Welt der LINKEN.

Dabei sind nicht alle von Berufs wegen (ehemalige) „Schreiberlinge“, einige von uns schreiben für das „Herzblatt“ als Laien, oder wie man so schön sagt „wie uns der Schnabel gewachsen ist“.

Stets sind wir auf der Suche nach anderen „Berichterstattern“, die Veranstaltungen besucht haben und nun inhaltsreich darüber erzählen können. Oder wir finden auch mal anderswo einen interessanten Beitrag und übernehmen ihn – natürlich immer mit freundlicher Genehmigung das Autors. Und am Ende muss das Ganze auch noch gesetzt, gedruckt, gefaltet und gelegt werden. Für all diese Arbeiten stehen uns viele Helferlein zur Seite, so dass am Ende einen lesenswerte Zeitung herauskommt.

All dies tun wir in unserer freien Zeit, also ehrenamtlich und freiwillig und weil es uns Spaß macht. Aber manchmal wird uns dieser Spaß vergällt.

Die Autoren unserer Beiträge eröffnen den Lesern oft auch eine andere Sicht auf Geschichtliches. Nicht jeder hat die DDR als das Gelobte Land empfunden. Und das Wirken der Staatsoberhäupter nicht nur in der DDR ist aus heutiger Sicht anders zu bewerten.

Vor allem die jüngeren Generationen, die den Krieg und die Nachkriegszeit nicht erlebt haben, haben eine andere Sicht auf die Dinge. Wir wollen in unserem „Herzblatt“ mit unseren Beiträgen auch zur Meinungsvielfalt beitragen. Es ist ausdrücklich erwünscht, dass auch andere Meinungen zu bestimmten Problemen und Personen diskutiert werden.

Aber wir verwahren uns ausdrücklich vor persönlichen beleidigenden Angriffen gegen die Autoren unserer Beiträge, wie kürzlich geschehen. Von „BILD-Zeitungs-Niveau“ war da die Rede und „antikommunistischer Küche“.

Wir sind für jede Kritik und Meinung dankbar. Wir bitten aber für die Zukunft um einen sachlichen Dialog, wenn Leser mit der Meinung des Autors nicht übereinstimmen!

Lesermeinungen sind ausdrücklich erwünscht – werden wenn möglich – auch abgedruckt, ebenso wie Gegendarstellungen. Aber unsachliche Kommentare, persönliche Beleidigungen und ähnliches sollten künftig unterbleiben.

Wir hoffen auch weiterhin auf Euer Interess und dass unsere LeserInnen uns und unserer Kleinen Zeitungen weiterhin gewogen bleiben.

Annely Richter im Auftrag des Redaktionsbeirates „Herzblatt“

Meinung zu gegenwärtigen Fragen

Die Betonung der Unterschiede der Probleme Ost-West sollte von den LINKEN (also uns) über Bord geworfen werden. Es gibt doch nur ein Programm für die gesamte Partei in ganz Deutschland. Es fordert das Wirken der Partei für und in ganz Deutschland und hat dazu auch Wege und Ziele beschlossen. Das schließt unterschiedliche Forderungen und Aktivitäten der örtlichen Organisationen auf der Grundlage dieses Programmes ein. Denn nicht überall sind die Bedingungen gleich. Forderungen und Aktivitäten in der Öffentlichkeit sollten dabei zu den Beschlüssen des Parteitages nicht in Widerspruch stehen, meine ich! Und auch keine Kirchturmpolitik betreiben!

Wenn ich Mitglied der Partei bin, sollte ich mich auch vorbehaltlos zu ihr bekennen.

Das betrifft die Anerkennung der vom Parteitag gefassten Beschlüsse, zum Beispiel aber auch die Organisationsarbeit durch meinen Parteibeitrag zu sichern beziehungsweise sichern zu helfen. Es ist auch Bekenntnis der Bindung zur Partei.

Es gibt eine Vielzahl von Bürgern, die auf der Liste der LINKEN in öffentliche Ämter und andere Organe gewählt wurden, die auch gute Arbeit leisten. Auch sie sollten durch die zuständigen Vorstände ermuntert werden, ihre Bindung zu und für die Partei zu festigen. Es wären auch bedeutsame wichtige Bekenntnisse in der Öffentlichkeit.

Zum Verhältnis zwischen Fraktionen und Vorständen gilt für mich nach wie vor, dass beide auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei agieren und zur Lösung der Aufgaben geschlossen handeln müssen und sie auch so in der Öffentlichkeit zu vertreten haben. Eine Fraktion sollte sich nicht verselbstständigen.

Eine Partei, die, durch wen auch immer, mit mehreren Zungen spricht, verliert das Vertrauen ihrer Wähler, ist dann nicht mehr in der Lage, bedingt auch durch ihre Uneinigkeit, für die Bürger verständliche, glaubwürdige und gewinnende Politik zu machen.

Gerhard Mahnhardt

Spendensammlung für „Ziegenhals“

Für die Errichtung eines Gedenksteines anstelle der abgerissenen Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals, der auf Beschluss der LINKE.LDS/KWH aus eigenen Kräften zu finanzieren ist, um die beabsichtigte geschichtsklitternde Inschrift, die die Stadtverordneten von Königswusterhausen bei Verwendung städtischer Mittel anzubringen beabsichtigen, zu verhindern, nutzten wir den Aktionstag zum Weltfriedenstag für eine öffentliche Sammlung. Die gespendete Summe von 224 Euro wurde auf das Konto 3 661 031 545 der LINKE.LDS, Mittelbrandenburgische SK, BLZ 160 50000, Kennwort „Ziegenhals“ überwiesen.

Wenn die erforderlichen 10 000 Euro beisammen sind, kann der bereits beschlossene Entwurf in Auftrag gegeben werden. Zielstellung ist die Einweihung des Gedenksteines im Februar 2013, zum 80. Jahrestag der legendären Ziegenhals-ZK-Tagung, mit der der Auftakt zum organisierten Widerstand gegen den Faschismus gegeben wurde.

Sonja Newiak, Netzwerk Internat. Arbeit BRB

Rezension

„Verbrannte Erde – Stalins Herrschaft der Gewalt“

Die Geschichte ist, wie Georg Büchner schrieb, „vom lieben Herrgott nicht zu einer Lectüre für junge Frauenzimmer geschaffen worden“. Doch Geschichte kennt kein Pardon. Sie nimmt keine Rücksicht: Weder auf junge Frauenzimmer noch auf alte Mannsbilder.

Wie rücksichtslos Geschichte mitunter sein kann, das erfährt in dem Buch „Verbrannte Erde - Stalins Herrschaft der Gewalt“ (C.H. Beck 2012), von Prof. Jörg Baberowski, eine eindrucksvolle Beschreibung.

Dieses Werk, das auf der Leipziger Buchmesse (2012) den Sachbuchpreis bekam, hat es in der Tat in sich. Enthält es doch schwere Kost, gut lesbar geschrieben zwar, dennoch schwer zu verdauen, was ursächlich, mit der alles andere als blutleeren Materie zu tun haben dürfte, mit der man hier konfrontiert wird. Auf welchen, etwa 600 Seiten langen Weg, der Autor einen mitnehmen will. Das illustrieren die Kapitel-Überschriften: Was war der Stalinismus?, Pyrrhussiege, Unterwerfung, Diktatur des Schreckens, Massenterror, Kriege und Stalins Erben. Ein wahrhaft weites Feld, das der Professor für die Geschichte Osteuropa an der Berliner Humboldt-Universität da beackert hat.

Die so verhängnisvolle Saat, die von Stalin und seinen Gesellen in den Boden ihrer (gewünschten) gesellschaftlichen Realität eingebracht wurde, und die zu der bekannten selbstzerstörerischen Missernte eines ganzen Gesellschaftsmodells führte, werden hier unter den Pflug gelegt. Was hierbei, trotz der schon zahlreich vorhandenen Publikationen über den „roten Diktator“ und sein Regime, zum Vorschein kommt, darunter ist auch manches Neuland. Denn, wiederum sind einige, vorher nicht zugängliche Archive geöffnet worden, oder verschollen geglaubte Quellen wieder gefunden worden.

Und neue Quellen und Archivalien eröffnen oft neue Perspektiven und Blickwinkel, die es dann beim Umgang mit einer historischen Person oder mit einem historischen Ereignis zu berücksichtigen gilt. Und da hat Prof. Baberowski immerhin die Größe, sich selbst einzugestehen, dass er sich bei seinem Buch „Der roter Terror“ (2003) korrigieren müsse. Das liest sich dann so: „Je mehr ich über die Gewalt der Stalin-Zeit las, desto klarer wurde mir, dass meine früheren Interpretationen revidiert werden müssten. Stalin war, daran ließen die Dokumente, die ich inzwischen gelesen hatte, keinen Zweifel, Urheber und Regisseur des millionenfachen Massenmordes (...)“ .

Was bisher weniger im Mittelpunkt stand, wird in diesem Buch thematisiert: Auch schon zu Lenins Zeiten waren Terror und Gewalt Mittel der Politik. Es gab sogar eine Zeitschrift „Krasnyi terror“ (Der rote Terror). Der damalige Petrograder Parteichef Grigori Sinowjew schrieb zum Beispiel (1918) in der Zeitung „Die nördliche Kommune“: „Von der einhundert Millionen zählenden Bevölkerung Sowjetrusslands müssen wir 90 Millionen mit uns nehmen. Was den Rest angeht, so haben wir ihm nichts zu sagen. Er muss vernichtet werden.“ 1936 wurde er selbst vernichtet - nachdem er wunschgemäß gestanden hatte, ein Faschist zu sein.

Von Nikolai Bucharin ist aus dieser Zeit überliefert: „Wir müssen jetzt alle Agenten der Tscheka sein.“ 1938 wurde auch er ein Opfer der stalinschen Gewalt.

Niemand konnte es dem „ungehobelten Asiaten“, wie Lenin Stalin nannte, recht machen. Selbst treueste Gefährten in Partei, Armee und Geheimdienst waren vor ihm nicht sicher. So geriet Ende 1948 auch Außenminister Molotow ins Visier des „Gewaltmenschen“ Stalin. Erst zwang er den „Eisenarsch“, sich von seiner Frau scheiden zu lassen, dann steckte er sie als „zionistische Agentin“ ins Lager. Im März 1949 verlor das Scheidungsopfer schließlich sein Ministerium an Andrej Wyschinski.

Für Prof. Baberowski war Stalin ein Mörder, dem es Freude bereitete, zu zerstören und zu verletzten... „Stalin war ein Gewalttäter aus Leidenschaft.“ Allein am 12. Dezember 1938 entschied Stalin, dass 3167 Menschen sterben sollten.

Zahlreiche solcher Belege und Einzelschicksale, die diese These stützen, haben Eingang in das Buch gefunden.

Mutet man es sich zu, dort hindurch zu gehen, bleibt man oft fassungslos stehen. Man braucht Pausen, um fassen, was nicht zu fassen ist. Man braucht Zeit, um zu verstehen, was nicht zu verstehen ist.

So zum Beispiel auch, wenn ein NKWD-Mann (S.34 0ff.) in erschreckender Offenheit über seine Arbeit als Henker berichtet. Wenn man jenes Klima aus Angst, Denunziation, Erniedrigung, sowie den „pathologischen Gewalttrieb“ der Stalin-Ära lesenderweise nacherlebt, das sich Zeile um Zeile über den Leser zusammenbraut, lässt das einen nicht unberührt. Man möchte angesichts vieler grausiger Details dieser Geschichte vor Entsetzen fliehen. Aber Geschichte kennt keine Fluchtwege!

In einem Gespräch (15. März) für mdr-figaro äußerte der Autor, das er an manchen Abenden mit den schrecklichen Geschichten ins Bett gegangen und mit ihnen wieder aufgestanden sei. Und manchmal habe es Überwindung gekostet, wieder an den Schreibtisch zu gehen. Jetzt wolle er sich nur noch mit Erhabenem und Schönem beschäftigen.

Wer sein Buch gelesen hat, wird Jörg Baberowski verstehen.

René Lindenau

• • • • • • • • • •

C. H. Beck Verlag, München 2012
ISBN 9783406632549, 29,95 Euro

Nietzsche, die LINKEN und die Zukunft kritischen Denkens

Nietzsche-Denkmal in Naumburg
Quelle: wikipedia.org

Friedrich Wilhelm Nietzsche, Philosoph, Schriftsteller und Lyriker, wurde am 15.10.1844 in Röcken bei Lützen geboren. Er gilt allgemein als Vorläufer vieler irrationaler und subjektiv-idealistischer Schulen der modernen bürgerlichen Philosophie. Ab 1889 war er schwer erkrankt und starb am 25.8.1900 in Weimar. Er lebte folglich in einer Zeit vieler revolutionärer Bewegungen und geistiger Umbrüche. Wir erinnern uns, dass es eine Zeit war, in der sich Karl Marx und Friedrich Engels den Grundproblemen der Gesellschaft zuwandten: Den Klassenkämpfen dieser Zeit, die Pariser Kommune analysierten und die ökonomischen Verhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise untersuchten.

Wollen wir versuchen, Persönlichkeiten zu verstehen oder gar beurteilen, so sollten wir die Probleme ihrer Zeit nicht außer Acht lassen. Es ist daher sehr aufschlussreich, dass auch Nietzsche sich den Fragen der Macht, der Gestaltung und des Umgang mit der Macht – also dem Verhältnis von Philosophie und Politik, Revolution und Reform und natürlich auch von Freiheit und Lebensführung zuwandte. Sicherlich können sich viele auch daran erinnern, dass es unter uns LINKEN die ziemlich weit verbreitete Auffassung gab, Nietzsches philosophische Aussagen seien extrem antidemokratisch. „Mit der Umwertung aller Werte“ hätte er der Bourgeoisie das theoretische Rüstzeug für den faschistischen Terror gegen die Arbeiterklasse und aller demokratischen humanistischen Kräfte geliefert.

Noch vor 30 Jahren wäre die Frage, ob DIE LINKE von Nietzsche etwas lernen könnte, keine diskutierbare Frage für LINKE gewesen. Dabei hat die Forschung längst klar nachgewiesen, dass Nietzsche kein imperialer Nationalist war, dass er kein biologischer Rassist und dass er Anti-Antisemit war. (Für Interessierte: Der italienische Philosoph Domenico Losurdo schrieb ein Grundlagenwerk zur Erneuerung marxistischer Nietzsche-Forschung. Und hier im Lande gibt es dazu unter anderem sehr Aufschlussreiches von Volker Caysa.)

Allgemein ist festzustellen: Die Grundlagen einer radikalen Gesellschaftskritik haben sich nach 1968 und 1989 radikal geändert. Das Verhältnis von Marxismus und Lebenskunst wird thematisiert, und so wird auch das Verhältnis von Marx und Nietzsche problematisiert. Nietzsche gilt als Experimentaldenker. Schließlich ist die Frage sehr berechtigt, inwieweit eine moderne Philosophie der LINKEN solche Elemente des Denkens im positiven Sinne „aufheben“ kann.

Ohne hier größere philosophische Überlegungen in Erwägung zu ziehen, möchte ich doch nur einige Probleme benennen, die wir bei Nietzsche finden: Die Größe der Macht und die Macht der Größe spielt eine wesentliche Rolle.

Übrigens hat sich mit ähnlicher Hingabe auch Friedrich Engels diesem Thema gewidmet (zum Beispiel in den Bänden 20 und 21 der Gesamtausgabe unter dem Titel „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“).

Zum Begriff Macht ist zu sagen: Macht ist weder auf zwischenmenschliche Beziehungen noch auf die Staats- und Regierungsgewalt zu reduzieren. Macht ist als eine „Erscheinungsform von Möglichkeit“ zu analysieren; Macht als eine Kraft oder ein Vermögen, das Mögliche wirklich zu machen. Vielleicht sollten wir wirklich mal darüber diskutieren! Es ist ein positives Problem.

Dann wendet sich Nietzsche auch dem doch sehr gewaltigen Thema der Wahrheit zu. Er verbindet das mit dem Problem der Selbsttäuschung. Das kennen wir doch sicher alle! Zur kritischen Wahrheit gehört bei ihm, sich einzugestehen, dass alle unsere Wahrheiten nützliche Selbsttäuschungen sind ... „Jetzt erscheint dir Etwas als Irrtum, das du ehedem als eine Wahrheit oder Wahrscheinlichkeit geliebt hast: du stößt es vor dir ab und wähnst, dass deine Vernunft darin einen Sieg erfochten habe. Aber vielleicht war jener Irrtum damals, als du noch ein Anderer warst – du bist immer ein Anderer – dir ebenso notwendig wie alle deine jetzigen Wahrheiten ...“ Volker Caysa (Helle Panke e.V.) sagt unter anderem: Nietzsche ist der Denker der Größe und des Elends der Deutschen. ... Und sieht das Problem von uns Deutschen darin, „alles Große noch größer, noch reiner, noch perfekter zu machen und folglich auch das Deutsche noch deutscher machen zu wollen.“

Mit den „guten Drei“, die Nietzsche empfiehlt, will ich es hiermit bewenden lassen: „Ruhe, Größe, Sonnenlicht“.

Gudrun Hibsch

Olympe de Gouges
(1748-1793)

Aufklärerin, Frauenrechtlerin und Revolutionärin, von Männern der Revolution hingerichtet.

Olympe de Gouges war als Revolutionärin, Frauenrechtlerin und Schriftstellerin der Aufklärung eine bedeutende Intellektuelle des 18. Jahrhunderts. Ihr Werk wird noch immer weitgehend ignoriert. Sie wurde am 3. November 1793 in Paris öffentlich hingerichtet.

In einem Vortrag sollen ihr Leben und ihr Werk dargestellt werden. Die Referentin Viktoria Frysak studierte Philosophie und promovierte mit einer Arbeit zu „Denken und Werk der Olympe de Gouges“.

Die Veranstaltung wird moderiert von Gerd-Rüdiger Hoffmann, MdL, aus Senftenberg.

Donnerstag, 25. Oktober ,
17.30 bis 19.00 Uhr,
BTU, Zentrales Hörsalgebäude,
Seminarraum 1

Die Veranstaltung wird in Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Regionalbüro Cottbus mit der Gleichstellungsbeauftragten der BTU-Cottbus durchgeführt.

„Vom Werden und Vergehen“

Werke des Cottbuser Malers Klaus Herrmann in der Horizontalen Galerie in Lübben

Er ist verliebt in die Werke alter Meister, und die Galeristin Gertruda Maltschew in die Arbeiten des Cottbuser Malers Klaus Herrmann. Das gestand sie mit strahlenden Augen und Blicken zu dem seit 2004 in Cottbus tätigen freiberuflichen Maler. Sonst wäre sie wohl auch kaum als Laudatorin zur Eröffnung der Ausstellung „Vom Werden und Vergehen“ in der Horizontalen Galerie im Lübbener Landratsamt aufgetreten.

Kulturdezernent Carsten Saß freute sich mit ihr über die zahlreichen Gäste. Und die haben es nicht bereut, gekommen zu sein. Ulli Schneider kam mit seiner Frau aus Cottbus gleich in doppelter Mission. Ihn interessierten die über 50 Werke seines ehemaligen Arbeitskollegen Klaus Herrmann und natürlich das Wiedersehen.

1950 in Trebendorf bei Forst geboren, war Klaus Herrmann nach einer Schriftsetzerlehre 36 Jahre im Druckerei-und Verlagswesen tätig. Seine Bilder hätten zweifellos nicht die heutige Qualität, hätte er sich nicht schon damals in der Freizeit mit Pinsel, Farben und Leinwand beschäftigt. Ob seine abstrakten Landschaften, das Herbstbild oder das auf Leinwand gebannte Obst oder Gemüse aus heimatlichen Gefilden, künden vom Können des 62-Jährigen.

Viele der ausgestellten Werke sind in einer skizzenhaften Art gemalt, so wie es seine Vorbilder, impressionistische Maler, machten. Sie malten unter freiem Himmel und konnten dadurch mit ihrer Maltechnik Reflexe des Lichts schnell einfangen. Wesentliche Voraussetzungen für den Charakter der Bildenden Kunst des 20. Jahrhunderts entstanden im Impressionismus. Auch alte Meister der flämischen Malerei interessieren den Autodidakten Klaus Herrmann, dessen künstlerische Entwicklung auch mit dem Maler Walter Heinrich und der KUNST. FABRIK Cottbus verbunden ist. Der im Jahr 2008 verstorbene Walter Heinrich vermittelte sein umfangreiches künstlerisches Wissen an viele Studentengenerationen der Cottbuser Ingenieurhochschule und in Kunstzirkeln. Seine naturnahen Landschaftsbilder bewunderte auch Klaus Herrmann. Die Ergebnisse seines Schaffens waren unter anderem 2005 zu den Rosengartenfesttagen in Forst und zur Herbstmesse in Cottbus, 2007 in einer Ausstellung im Haus des Handwerks Cottbus, 2009/2010 im Kurhaus Burg und 2011 im Bildungszentrum der IHK Cottbus zu sehen.

Klaus Herrmann im Gespräch mit Ausstellungsbesuchern.

„Bei mir in der Wohnung hängt auch ein echter Herrmann“, sagt ein Ausstellungsbesucher. Ob er vielleicht besonderes Glück hat? Könnte durchaus sein. So manches Kunstwerk wurde erst spät in den „Adelsstand“ erhoben und gewann so enorm an Wert. Bis zum 7. November ist die Ausstellung in der Horizontalen Galerie (Reutergasse 12, Lübben) noch zu sehen.

Wie viel Arbeiten es genau sind? Gertruda Maltschew spricht von 66, Klaus Herrmann von 50. Sie zu zählen, wäre im teilweisen Gedränge am Eröffnungstag ein zeitraubendes Unterfangen gewesen.

Text und Fotos: Harald Müller

Einladung für Mittwoch, den 17. Oktober um 14.00 Uhr

„Ungesühnte Morde in Luckau“

Veranstaltungsraum „Hexenkessel“ der Glas-und Industriereinigung GmbH & Co KG in Luckau, Zaackoer Weg 46

Zum Thema „Ungesühnte Morde in Luckau“ spricht Dipl. Jurist Raoul Gefroi, Mitglied des Prüfungsausschusses der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e. V. (GRH).

Der Journalist und Buchautor Klaus Huhn, bekannt durch seine spannenden Bücher, mit denen er schon oft Geschichtsmanipulationen gegen die DDR aufgearbeitet hat, analysierte auch die terroristischen Geschehnisse in Luckau, bei älteren Bürgern unter der Bezeichnung „Tschechenkrieg“ noch in Erinnerung, in seinem Buch „Mörder sind unter uns“. Er bedankte sich dabei ausdrücklich für die Unterstützung durch Raoul Gefroi. Das Buch behandelt die schwersten Verbrechen gegen die Deutsche Volkspolizei. Diese geschahen in Uckro und Reichwalde zwischen dem 10. und 16. Oktober 1953.

Die veranstaltenden Organisationen GRH, RotFuchs und ISOR nehmen den 59. Jahrestag dieser Verbrechen zum Anlass, in Luckau der Opfer der damaligen Mordserie erneut zu gedenken.

Gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der deutsche Neonazis der „NSU“ eine mörderische Spur durch die Bundesrepublik legten, wobei am Aufklärungswillen durch die Bundesbehörden immer wieder Zweifel entstehen, konnten wir Raoul Gefroi gewinnen, diese Veranstaltung durchzuführen.

Hans Christange,
Ralph Schadel, Joachim Masula

grh RotFuchs ISOR e. V.

Termine

08.10. **16.00 Uhr Redaktionskommission „Herzblatt“**
Geschäftsstelle
18.30 Uhr Kreisvorstand Lausitz
Geschäftsstelle

09.10. **18.00 Uhr AG Soziales**
Geschäftsstelle

10.10. **18.30 Ortsvorstand Cottbus**
Geschäftsstelle

15.10. **16.00 Uhr Beratung KPF**
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
19.30 Uhr MdB Wolfgang Neskovic im Gespräch
Geschäftsstelle

17.10. **17.00 Uhr Jurij Koch liest aus seinem neuen Buch „Das Feuer im Spiegel”. Matthias Kießling singt zum Lesetext ausgewählte Lieder. (BO 32)**
„Brandenburger Hof“

18.10. **17.00 Uhr Ein Abend mit dem Niederlausitzer Schriftsteller Matthias Körner**
Bücherei Sandow

19.10. **16.00 Uhr IG Politische Bildung**
Geschäftsstelle

22.10. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle

24.10. **14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung**
Stadthaus

02.11. **16.00 Uhr IG Politische Bildung**
Geschäftsstelle

05.11. **16.00 Uhr Redaktionskommission „Herzblatt“**
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle

06.11.-10.11. Osteuropäisches Filmfestival in Cottbus

10.11. **10.00 Uhr Regionalkonferenz für Südbrandenburg**
Doberlug Kirchhain
10.00 Uhr Gesamtmitgliederversammlung Ortsverband Cottbus
Stadthaus

12.11. **18.30 Uhr KV-Lausitz**
Geschäftsstelle

Wir gratulieren zum Geburtstag

Oktober

Zum 98. Krumpa, Walter (23.10.)

zum 86. Gergele, Margot (13.10.)

zum 85. Friedrich, Thea (19.10.)

zum 84. Otto, Fritz (21.10.)

zum 83. Plettig Werner (1.10.)

zum 82. Jandke Werner (5.10.)
Flaschinski, Ewald (5.10.)
Brüggemann, Isolde (10.10.)

zum 81. Schröder Manfred (27.10.)

zum 80. Lubosch, Herbert (22.10.)

zum 75. Wendisch, Werner (7.10.)
Gawellek, Annelies (23.10.)

November

zum 93. Berger, Herbert (19.11.)

zum 92. Fahlberg, Ursula (14.11.)

zum 90. Krell, Robert (14.11.)

zum 89. Scheler, Herbert (12.11.)

zum 88. Bigos, Leo (14.11.)

zum 84. Israel, Christfried (11.11.)
Kluge, Katharina (12.11.)
Rädisch, Dolly (10.11.)

zum 83. Schwarz, Paul (3.11.)
Thomalsky, Heinz (6.11.)

zum 82. Didzuhn, Werner (8.11.)

zum 75. Duckwitz, Ilse (12.11.)
Hunger, Ingrid (5.11.)

Überwachungsstaat BRD

Jeder Bürger ein Täter?

Die dunklen Phantasien von George Orwell drohen zunehmend Wirklichkeit zu werden:

- Auf Plätzen, in Geschäften und Bahnhöfen filmen Videokameras die Bürgerinnen und Bürger.
- Die privaten Telefon- und Internetverbindungen der Menschen werden gespeichert und ihre Spuren im Internet erfasst.
- Mit dem Lkw-Mautsystem ist eine lückenlose Überwachung aller Autobahnbenutzer möglich. Unternehmen lassen ihre Angestellten beobachten.

Vor diesem Hintergrund wird Wolfgang Neskovic die Frage aufwerfen, was der Gesellschaft der Schutz der Privatheit noch wert ist.

Wolfgang Neskovic, Richter am Bundesgerichtshof a.D. und Vorstandsmitglied der Linksfraktion im Bundestag, gehört dem parlamentarischen Kontrollgremium zur Kontrolle der Geheimdienste an. Er freut sich auf eine spannende Diskussion mit dem Publikum.

Dienstag, 23.10. um 19.30 Uhr
im quasiMONO
Erich-Weinert-Straße 2
03046 Cottbus

- Die Veranstaltung findet mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Regionalbüro Cottbus statt.

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Jürgen Siewert

Redaktion: Annely Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
homepage: **www.dielinke-lausitz.de**

Redaktionsschluss November-Ausgabe:

20. Oktober